

Zielgruppe dann auch nicht bloß als Vollzug eines demokratischen Grundrechtes zu verstehen, vielmehr wird sie zur ökonomischen Notwendigkeit: Nur die betroffenen Bauern kennen die ortsspezifischen Produktionsbedingungen genau und müssen, um ertragssteigernde Neuerungen ohne Gefährdung des ökologischen Gleichgewichts einführen zu können, in allen Phasen nicht zuletzt auch wegen ihrer ›Risikohaftung‹ die Entscheidungskompetenz haben.

Im nationalen Rahmen würde dies außer auf eine Bodenreform und eine Revision der Industrialisierungsstrategie vor allem auf eine politische Dezentralisierung hinauslaufen, mit der den unteren Verwaltungseinheiten auch eine begrenzte Steuerhoheit zuerkannt werden müßte. Auf diese Weise könnte nicht nur die Kontrollmöglichkeit und damit die Eigeninitiative der ländlichen Bevölkerung gesteigert werden — die Bauern würden auch aufhören, bloße Manövriermasse städtischer Entwicklungsstrategien zu sein. Für die internationale Entwicklungszusammenarbeit hingegen kommt es nach dem Scheitern der meisten ihrer kostspieligen Agrarprojekte darauf an, viele kleine Vorhaben mit experimentellem Charakter zu fördern. Daß sich damit die Einflußmöglichkeiten der Geberländer vermindern, muß jedoch nicht unbedingt zu Lasten der Effizienz dieser breit gestreuten Entwicklungshilfe gehen, zumal dadurch ein wechselseitiger und für beide Seiten vorteilhafter Lernprozeß eingeleitet wird.

Internationale Absichtserklärung zu Agrarreform und -entwicklung

Die Notwendigkeit einer ländlichen Entwicklungshilfe stellt sich der internationalen Staatengemeinschaft schon allein deshalb, weil in einer immer dichter verflochtenen Welt die nur gemeinsam zu lösenden Probleme zunehmen werden. Fragen wie die eines gerechteren Welthandels, der zukünftigen Energieversorgung oder der Reinhaltung von Luft und Wasser lassen sich aber nur dann einer Lösung näher bringen, wenn den in der Dritten Welt an Unterernährung leidenden Menschen, deren Zahl auf eine halbe Milliarde geschätzt wird, die Aussicht auf ein Leben ohne unmittelbare Bedrohung ihrer Existenz gegeben werden kann. Ferner erklärt sich der Handlungsbedarf der Staatengemeinschaft jedoch gerade auch aus praktischen Erwägungen, da sich viele der zur Ernährungssicherung erforderlichen Maßnahmen wie die Bekämpfung der Bodenerosion und die Ausweitung der bewässerten Anbauflächen nur im internationalen Rahmen durchführen lassen.

Als eine solche Einrichtung, die länderübergreifende Vorhaben zur Überwindung des Hungers nicht nur koordinieren, sondern auch mit dem bei ihr konzentrierten Sachverstand direkt unterstützen kann, wurde 1945 die in Rom ansässige Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) gegründet. Die Frage, ob diese internationale Entwicklungsagentur allerdings in der Lage ist, ihren Beitrag zur Beseitigung der weltweiten Unterernährung durch eine entsprechende Ausweitung des Haushaltsvolumens zu steigern, ist hier nicht zu beantworten⁸. Die Aussichten auf erhöhte Mittelzuweisungen schwinden aber schon allein deshalb, weil die westlichen Geberländer ihrerseits Schwierigkeiten bei der Finanzierung des Staatshaushaltes haben. Auch ist von den Appellen der FAO zur Steigerung der Nahrungsmittelproduktion oder zu ›gemeinsamen Anstrengungen bei der Überwindung des Hungers‹ solange wenig zu erwarten, wie die Agrarpolitik ihrer Mitgliedsländer in sich widersprüchlich bleibt und, um nur ein Beispiel zu nennen, in der EG auf dem Markt nicht absetzbare Überschüsse unter Verwendung von Futtermitteln produziert werden, die man aus ärmeren, das eigene Nahrungsdefizit in Kauf nehmenden Ländern importiert.

Nicht zuletzt aufgrund der inzwischen in Gang gekommen Grundbedürfnisdiskussion, bei der der lokalen Versorgung mit Lebensmitteln Vorrang eingeräumt wird, erkennt man aber jetzt in verstärktem Maße, daß es nicht nur darauf ankommt, der nationalen Nahrungsversorgung politisch einen höheren Stellen-

Frieden für Galiläa?

›Frieden für Galiläa‹ nannte die israelische Regierung die jüngste Invasion des Libanon. Wie immer der ›Frieden‹ aussehen wird, für den Israel bereit war, ein anderes Land zu zerstören und Tausende von Zivilisten zu opfern — die von den Vereinten Nationen seit Jahren gesuchte umfassende Konfliktregelung, die zu einem gerechten und dauerhaften Frieden im Nahen Osten führt, wird es kaum sein. Im Gegenteil ist zu fürchten, daß die Eskalation der Gewalt den Konflikt verhärtet und auf lange Zeit einen konstruktiven Dialog zwischen Israel und den Arabern unmöglich machen wird. Oder kann die wachsende Kritik, nicht zuletzt in Israel selbst, zu einem Umdenken führen? Bisher jedenfalls hat die israelische Regierung versucht, ihre Vorstellungen von einer Friedenslösung um jeden Preis durchzusetzen. Selbst die völlige Isolierung in der internationalen Gemeinschaft hat sie nicht davon abgebracht, jede Kritik heftig zurückzuweisen — besonders wenn sie aus der Bundesrepublik kommt.

Das darf uns Deutsche jedoch nicht daran hindern, einzusehen und einzugestehen, daß sich in Israels Konflikt mit den Palästinensern deutsche Geschichte fortsetzt — nicht etwa nur im historischen Zusammenhang zwischen nationalsozialistischem Völkermord und der Gründung des Staates Israel, sondern auch gegenwärtig in der für die Leiden der Palästinenser blinden Unbeugsamkeit Israels, in der sich das Vernichtungstrauma ausdrückt. Das müssen auch die Israelis mit uns begreifen lernen, denn sie können nicht uns als den Erben der Völkermörder und sich als deren Opfern eine Sonderstellung unter den Völkern einräumen, die uns beide, Deutsche und Israeli, auf ewig von allem ausnimmt, was für andere Menschen gilt.

Die Art, wie Israel einen langvorbereiteten Krieg mit brutaler Konsequenz durchgeführt hat, muß jeden betroffen machen. Besonders das Kriegsziel, die PLO ein für allemal zu vernichten, muß zur Kritik herausfordern. Drei Jahre ergebnisloser Autonomieverhandlungen und die ganze bisherige Politik in den besetzten Gebieten haben gezeigt, daß eine dauerhafte Friedenslösung ohne Anerkennung der palästinensischen Rechte und ohne politische Beteiligung der Palästinenser nicht möglich ist. Und es kann auch für Israel keinen Zweifel mehr geben, daß die PLO jene politische Organisation ist, die als einzige international anerkannt für die Palästinenser spricht und als einzige den Palästinensern gerade auch in den besetzten Gebieten die Möglichkeit der politischen Identifikation gibt.

Israel hat Palästina kolonisiert, indem es die Palästinenser — nicht zuletzt mit Gewalt und auch Terror — aus ihrer Heimat verdrängte. Die Palästinenser haben mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln — darunter auch Terror — versucht, diesen Prozeß rückgängig zu machen. Ein Konflikt, der sich über Jahrzehnte immer nur verschärft hat, ist aber nicht zu lösen, wenn versucht wird, historische Ansprüche oder vergangenes Unrecht gegeneinander aufzurechnen. Eine konstruktive Lösung ist nur möglich, wenn jede Seite der anderen nicht nur das Existenzrecht, sondern auch das Recht zugesteht, über ihre Lebensgestaltung selbst zu bestimmen. Da sich dieses Selbstbestimmungsrecht beider Seiten auf die politische Existenz im selben Land bezieht, kann es für beide nur verwirklicht werden, wenn mit der Anerkennung des anderen darauf verzichtet wird, die eigene Selbstbestimmung in ganz Palästina zu verwirklichen.

Die Bemühungen um eine Verwirklichung dieser Prinzipien waren nicht sehr erfolgversprechend, solange keine der beiden Seiten den Schritt der Anerkennung tun wollte. Der in Camp David eingeschlagene Weg scheiterte an den Vorstellungen Israels von einer ›Autonomie‹, die den Palästinensern weniger Rechte einräumte als Südafrika den Schwarzen in den Bantustans. In den Vereinten Nationen erschöpften sich die Diskussionen nur zu oft in endlosen Wiederholungen sattsam bekannter Argumente. In dieser Situation verstärkte sich in den letzten Monaten vor der israelischen Invasion innerhalb der PLO die Diskussion darüber, ob nicht eine einseitig erklärte Gesprächsbereitschaft jenen Kräften in Israel gewaltigen Auftrieb geben würde, die einen Ausgleich mit den Palästinensern suchen.

Die Falken auf beiden Seiten haben sich jedoch gegenseitig in die Hände gespielt, und Israels Invasion hat die Hoffnung auf einen Wandel in der PLO erst einmal erstickt. Wenn aber Israel wirklich Frieden will, wäre es nun an Israel, nicht als Triumphator der Region eine Pax Hebraica aufzuzwingen, sondern selbst den ersten Schritt zum Ausgleich zu tun, d.h. die PLO als legitime Vertretung der Palästinenser anzuerkennen und mit ihr über die Verwirklichung ihres Selbstbestimmungsrechtes in einem palästinensischen Staat zu verhandeln. Friedemann Büttner □